

Haushaltsrede 2005
CDU-Fraktionsvorsitzende Christel Gabler
Es gilt das gesprochene Wort

Auch in diesem Jahr hält sich die CDU – Fraktion an die Vorgaben des Kämmerers, mit äußerster Sparsamkeit schon jetzt den Haushaltsausgleich für 2006 vorzubereiten.

Wie in jedem Jahr seit Eintritt in die Haushaltssicherung sind uns die Hände gebunden. Der Abwägungsprozess zwischen wünschenswerten und notwendigen freiwilligen Ausgaben fällt nicht leicht.

Ein Großteil der städtischen Ausgaben ist gesetzlich gebunden. Der Freiraum der Selbstbestimmung wird immer kleiner.

Wir haben uns mit Disziplin daran gehalten, dass die von uns gewünschten zusätzlichen Ausgaben durch andere Haushaltsstellen gedeckt sind.

Eine wichtige Maxime der CDU wurde eingehalten: der Stellenplan wurde nicht ausgeweitet.

Außerdem wird die CDU alles dafür tun, um eine Realsteuererhöhung zu vermeiden.

Gerade Steuererhöhungen sind für unsere mittelständisch geprägte Region in der derzeitigen prekären Wirtschaftslage mehr als schädlich und die Erhöhung der Grundsteuern treibt die Nebenkosten für das Wohnen weiter in die Höhe.

In Lüdenscheid regiert jedoch keineswegs der Kahlschlag.

Das Haushaltssicherungskonzept zwang uns 2002 dazu, alle freiwilligen Leistungen zu kürzen. Das haben wir damals sehr moderat getan.

Die Infrastruktur unserer Stadt ist vollkommen intakt. Keine Einrichtung musste schließen, und auch die Vereine mussten ihre Aktivitäten nicht einstellen.

Trotz aller Einsparungen steht noch immer ein Betrag von rund zwei Mio. € (das sind immerhin nach alter Rechnung 4 Mio. DM) an freiwilligen Leistungen in Klein- und Kleinstbeträgen zur Unterstützung der Vereine, Verbände und sonstigen Gruppierungen in unserer Bürgerschaft im Haushalt zur Verfügung.

Ein paar andere Zahlen muss man sich auch immer mal wieder vor Augen halten.

So beträgt der Zuschussbedarf für die Schulen rund 7,6 Mio. €,

für die Kultur rund 6,7 Mio. € und für die soziale Sicherung rund 21 Mio. €.

Die Sozialhilfe erfährt allein eine Steigerung von 400 Td. €.

Die Kreisumlage ist höher.

Die an den Bund abzuführende Gewerbesteuerumlage beträgt 4 Mio. € und an der Deutschen Einheit ist die Stadt Lüdenscheid mit einem Betrag von rund 3,4 Mio. € beteiligt.

Der Landschaftsverband erhöht seine Umlage, deren Höhe zwischen 100 bzw. 600 Td € zu erwarten ist.

Immer wieder verändern sich aber auch die Einnahmen.

Die Schlüsselzuweisungen werden gekürzt, der Anteil an der Einkommensteuer ist niedriger. Die versprochene Ersparnis im Rahmen von Hartz VI für die Kommunen verpufft wie heiße Luft.

So lange wir uns nicht auf Bund und Land verlassen können, die uns Aufgaben zuweisen, aber die Kosten nicht erstatten, so lange dort nicht eine andere Politik gemacht wird und so lange das Vertrauen in die Politik nicht wieder aufgebaut wird, so lange wird es kein Wachstum geben.

Es ist ein nicht hinzunehmender Zustand, dass die Weltwirtschaft boomt, aber Deutschland dabei an letzter Stelle liegt.

Auch der immer wiederholte Hinweis auf den Export-Weltmeister Deutschland muss differenziert gesehen werden. Ein Großteil der von uns exportierten Waren ist nicht mehr durch Zulieferer aus Deutschland, sondern durch Zulieferer aus dem Ausland zusammen gesetzt. So befinden sich in den von uns exportierten Autos z.B. Zündspulen aus Afrika und Motore aus Ungarn.

In unserer globalisierten Welt muss verstärkt dafür gesorgt werden, dass die mittelständische Industrie, die gerade in unserer Region dominiert, wieder an Kraft gewinnen kann, um im Wettbewerb zu bestehen. Nur dadurch entsteht Wachstum und ohne Wachstum gibt es keine Arbeitsplätze.

Ohne Wachstum und Jobs verkommt auch das Projekt Hartz IV zu einem reinen Kürzungsplan.

Immer wieder werden wir in der Kommune vor neue Aufgaben gestellt, die wir dann am Ende zum Großteil auch noch selbst finanzieren müssen.

Die vom Bund geforderte Investition der versprochenen Ersparnis aus Hartz IV in die Kinderbetreuung ist nicht möglich, weil es keine Ersparnis gibt.

Gern würde auch ich allen alleinerziehenden Müttern oder Vätern noch mehr Betreuung ihrer Kinder ermöglichen. In Lüdenscheid sind wir dabei schon auf einem guten Weg. Dem Projektbericht des Märkischen Kreises zur Umsetzung des SGB II ist zu entnehmen, dass wir mit unserem Angebot von mehr als 50 Plätzen für unter 3-jährige schon eine Spitzenstellung im Märkischen Kreis einnehmen.

Zum Vergleich: In Iserlohn sind es mal gerade 14 Plätze.

Die Frage, wer die immensen Kostensteigerungen im Kindergartenbereich trägt, die durch die veränderte Wirtschaftslage der konfessionellen Träger auf uns zukommt ist müßig, denn auch das muss von uns zusätzlich geschultert werden, um die Subsidiarität, die ein wichtiger Bestandteil unserer CDU-Politik ist aufrecht zu erhalten.

Kinderbetreuung ist und bleibt aber immer noch eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, an der sich Bund und Länder beteiligen müssen. Gebärfreude kann man nicht diktieren oder herbeireden.

Es zeigt sich in der Welt, dass mit steigendem Wohlstand auch die Kinderzahl abnimmt. Und so lange sich der Status der Frauen, die sich für die Familie und gegen eine berufliche Karriere entschieden haben, nicht positiv verändert, so lange kommen auch nicht mehr Kinder zur Welt.

Das sind nur ein paar Aspekte, denen wir in der Kommune wenig entgegen zu setzen haben.

In keinem anderen Bundesland sind die Bildungschancen so stark von der sozialen Herkunft abhängig wie in NRW, und das trotz Rot/Grüner Regierung. Da scheint doch einiges nicht in Ordnung zu sein.

Massenhafter Unterrichtsausfall ist für die Ergebnisse von PISA verantwortlich.

Die Forderung nach einer Einheitsschule ist die Forderung nach Einheitsbrei.

Die Durchlässigkeit unseres bestehenden Schulsystems ist groß und bietet alle Chancen für unsere Kinder, was nicht heißt, dass keine Verbesserungen möglich sind. Der immer wieder angeführte Vergleich mit anderen Ländern, z.B. Finnland, hinkt, da Deutschland sich nicht mit dem kleinen Sechsmillionenvolk vergleichen kann.

Für alles und jedes PISA verantwortlich zu machen, ist viel zu kurz gesprungen. Die "Iglu-Studie", in der es um math. - naturwissenschaftliche Kompetenz der 4. Jahrgangsstufe an den Grundschulen ging, hat bewiesen, dass unsere Grundschulen auf jeden Fall im internationalen Vergleich mehr als mithalten können.

Die Einrichtung der Ganztagsgrundschulen ist eine Mogelpackung par excellence.

Gern würde ich die echte Ganztagsschule für unsere Kinder und Jugendlichen in Lüdenscheid einrichten. Aber die Landes - SPD verwaltet den Mangel und baut noch die Qualität ab.

Mehr Lehrer: Fehlanzeige.

Es wird auf Betreuungsvereine, Eltern und die Fantasie der Grundschulen gesetzt, um eine ausreichende Betreuung sicher zu stellen.

Damit dieses System nicht ganz zum Verwahrnachtsausart, geben sich dann alle mit großem Erfolg Mühe und der städt. Haushalt soll es dann auch noch mit zusätzlichen Mitteln richten.

Es ist bemerkenswert, wie cool sich Ministerin Fischer mit fremden Federn schmückt, wenn sie die gute Arbeit innerhalb des Ganztagsbetriebes lobt.

Zum 1.8.2005 werden auch noch alle Schulkindergärten in NRW geschlossen. Was auf die Kinder- und Jugendarbeit zukommt, wenn nach 2007 auch noch die Horte geschlossen werden, wage ich gar nicht zu beschreiben.

Die SPD stellt sich immer großspurig als der alleinige Förderer von Familie, Kindern und Jugend dar.

Das ist reine Effekthascherei, denn Tatsache ist doch

1. dass die Rot/Grüne Landesregierung die Fördermittel im Kinder- und Jugendbereich stark gekürzt hat und auch in 2005 weiterhin kürzt.
2. dass, es ist scheinbar schon vergessen, die Lüdenscheider SPD gegen die eigene Landesregierung mit der Volksinitiative "Jugend braucht Zukunft" Sturm laufen musste.
3. dass z.B. Schul- und Sportpauschalen zweckgebunden eingeführt wurden und damit der fatale Eindruck erweckt wurde, durch die Pauschalen mehr Zuwendungen zu bekommen. Verschwiegen wird aber, dass an anderer Stelle die Zuweisungen gekürzt wurden. Bei genauem Hinschauen kommt zum Teil sogar ein Minus für die Kommune heraus.

Das HSK bremst nun eine Geschenkverteilung auch noch zusätzlich ein.

Das war ja ganz geschickt eingefädelt, aber doch wiederum nicht so geschickt, dass es nicht auffiel. Ganz schön blauäugig, bei der Verteilung der Wahlgeschenke auch noch die CDU als Erfüllungsgelhilfe heranziehen zu wollen.

Wir haben das vom Bürgermeister in den Haushalt gestellte Geld aber nun nicht einfach gestrichen. Es war uns wichtig, andere Prioritäten zu setzen.

Dabei sind die Grundschulen in den Genuss gekommen, bei ihrer Nachmittagsbetreuung mehr für Sprach- und Leseförderung tun zu können und in der Musikschule kann die Warteliste abgebaut werden.

Weiterhin haben wir den finanziellen Grundstock für Baumaßnahmen an zwei Grundschulen gelegt, damit diese in den kommenden Schuljahren auch die Nachmittagsbetreuung anbieten können.

Die Ausgaben für die Bandprobenräume werden wir tolerieren, nachdem uns der Bürgermeister versichert hat, dass keinerlei weitere Investitionen aus dem städt. Haushalt erfolgen.

Für die Ausgaben eines Bolzplatzes und der inneren Modernisierung der Grundschulen wurde von der SPD noch ein Deckungsvorschlag vorgelegt, so dass wir auch diesen Ausgaben positiv gegenüber stehen können.

Immer wieder versucht die SPD aber, das Pferd von hinten auf zu zäumen, indem sie erst einmal Geld in den Haushalt einstellen will, sich über dessen Verwendung aber noch keine Gedanken gemacht hat.

Deshalb ist die von uns durchgesetzte Prioritätenliste, die dann in den Fachausschüssen beraten werden muss, mehr als notwendig.

Die politische Diskussion um die neuen Räume für die Jugendfeuerwehr hat auch ein gutes Ergebnis hervor gebracht. Das Kommando hat sich in hervorragender Weise solidarisch gezeigt und der Förderverein wird sein Möglichstes tun, den Neubau der Räume zu bewerkstelligen.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

wenn es um eine positive Weiterentwicklung unserer Kommune geht, so haben Sie uns immer an Ihrer Seite.

Die CDU in Lüdenscheid macht Politik zum Wohle aller Bürger.

In den letzten 5 Jahren ist es jedenfalls der CDU gelungen, den Schuldenberg der Stadt um 15,4 Mio. € zu senken. Trotz HSK hatten wir in den vergangenen Jahren den städt. Haushalt im Griff, nicht zuletzt auch auf Grund einer sparsamen Ausgabenpolitik.

Ein Blick zurück und in die Zukunft sei mir erlaubt:

- Der eingeschlagene Weg zur Privatisierung der Reinigungsarbeiten zeigt, dass die CDU trotz schwerstem Beschuss der Gegenseite ein vorher in Abrede gestelltes positives Ergebnis erreicht hat. Niemand stand, wie damals prophezeit wurde, auf der Straße und die Kosten konnten bis heute schon um rund ein viertel gesenkt werden.
- Mit finanzieller Beteiligung der Eltern konnte der Ganztags an acht Grundschulen eingerichtet werden.
- Die Kinderbetreuung nach 16 Uhr wurde in der Kluser Schule sichergestellt.
- Wir erlauben uns in den Lüdenscheider Kindergärten immer noch einen höher qualifizierten Personalstandard als landesmäßig vorgeschrieben

- Am Sauerfeld wurde die Rolltreppe erneuert und eine Überdachung angebracht.
- Der Tunnel zum Sauerlandcenter erstrahlt in neuem Glanz.
- In unsere Schulen, Sportstätten und in das Kulturhaus wird immer wieder investiert.
- Den Kultursommer haben wir sichergestellt.
- Für das Renovierungsprogramm der Spielplätze sind 200 Td € in den Haushalt eingestellt.
- Das Straßenausbauprogramm wird Stück für Stück abgearbeitet.
- Wir haben für einen langen Zeitraum ausreichende Archivräume hergerichtet.
- Beim Thema Waldkindergarten verfolgen wir die Absicht, die naturnahe Erziehung zu stärken. Unser Prüfauftrag an die Verwaltung geht dahin festzustellen, ob mit unseren finanziellen Möglichkeiten die Form einer rollierenden Belegung an einer noch festzulegenden Stätte oder Unterkunft in einem Waldstück möglich ist.
- Beim Brügger Bahnhof geht es uns mit den Bündnis 90/Grünen darum, ein städtisches und denkmalwürdiges Gebäude einer sinnvollen Nutzung zuzuführen. Das wird schon auf Grund der angespannten Haushaltslage nicht sofort passieren können. Schritt für Schritt wollen wir aber daran arbeiten.

So werden wir in diesem Jahr auch einer erhöhten Kreditaufnahme zustimmen, da die Investitionen für Straßenbeleuchtung, Grunderwerb und das Projekt Rathaus/Rathausumfeld dies erforderlich machen.

Bei der Diskussion über das für und wider der Innenstadtsanierung ist ja schon fast in Vergessenheit geraten, dass das in die Jahre gekommene Rathaus stark sanierungsbedürftig war. Außen fiel der Putz herunter und innen waren die Wände feucht.

Der Rathausplatz war mit den darauf stehenden maroden Pavillons unansehnlich und renovierungsbedürftig.

Diese Investitionen sind auch erforderlich vor dem Hintergrund, als Einkaufsstadt im Wettbewerb mit Iserlohn und Hagen bestehen zu können.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren von der SPD, die in den letzten Jahren angestoßenen und noch fertig zu stellenden positiven Veränderungen in unserer Stadt sind nicht unbedingt ihr Verdienst. Sie haben, daran möchte ich noch einmal erinnern, mit Ihrer Partei zwar bis auf die Parkgarage alle Beschlüsse mit herbeigeführt, es aber immer wieder verstanden, mit penetranten Nörgeleien bei vielen Bürgerinnen und Bürgern in der Öffentlichkeit eine negative Stimmung herbei zu führen. Sie haben damit **ihr** Ziel zwar erreicht, der Sache aber überhaupt keinen Gefallen getan.

Aber es geschehen noch Zeichen und Wunder:

Wie sich doch der Mensch wandeln kann, wenn sich seine Position verändert hat.

Was vorher noch Teufelswerk war, wie z.B. der Rathausplatz, ist heute den Einsatz einer Projektgruppe wert, um den, O-Ton Dieter Dzewas: "hervorragenden Platz", auch einer entsprechenden Nutzungsmöglichkeit zuzuführen.

So ist es auch nicht verwunderlich, dass Sie, Herr Bürgermeister, in Ihrer Eröffnungsansprache in der Neuen Galerie nicht zurückschauen wollten.

Sie müssten sich ja eingestehen, dass Sie und Ihre Partei bei diesem Thema mehr als negativ eingestellt waren.

Aber, um Ihre Worte zu benutzen, wir wollen nach vorne schauen.

Die CDU im Rat der Stadt wird auch weiterhin eine vorsichtige Haushaltspolitik betreiben. Wir lassen uns nicht mit populistischen Aussagen anderer in die Enge treiben. Mit der CDU bleibt die Stadt Lüdenscheid auch weiterhin ein funktionierendes Gemeinwesen.

Für diese Funktionsfähigkeit haben wir einiges getan.

Eine gute vorausschauende Wirtschaftspolitik in bezug auf unsere Gewerbegebiete macht es möglich, dass Unternehmen nicht abwandern, sondern bei uns vor Ort investieren können. Im

Augenblick können wir froh sein, wenn hiesige Unternehmen hier bleiben und damit auch die Arbeitsplätze weiter zur Verfügung stehen.

Für die verschiedensten Innenstadtbrachen wurden Konzepte entwickelt, die nach Verwirklichung eine Bereicherung für das Leben in unserer Stadt sein werden.

Es wird damit auch der zukünftigen Entwicklung durch langfristige Veränderung der Altersstruktur Rechnung getragen.

Fördern müssen wir die Renovierung und den Umbau bestehender Wohngebäude, um sich marktmäßig auf die Veränderungen der Bevölkerungsstruktur einzustellen.

Die Bevölkerungsgruppe der über 75jährigen wird bis 2010 um über 30 % zunehmen. Das muss uns Grund genug sein, die Rahmenbedingungen für eine ausreichende Seniorenbetreuung zu schaffen.

Ältere und alte Menschen sollten so lange wie möglich im häuslichen Bereich bleiben können. Gleichzeitig müssen wir aber dafür Sorge tragen, dass auch genügend andere Betreuungsformen möglich sind.

Für eine Vielzahl der auf uns zu kommenden Probleme haben wir noch keine Antworten. Das erfordert ein flexibles Reagieren auf den demografischen Wandel.

In einem ersten Schritt haben wir eine Befragung der in Lüdenscheid lebenden Seniorinnen und Senioren auf den Weg gebracht. Wir werden erfahren, wie sich die ältere Generation ihren Lebensabend in Lüdenscheid vorstellt.

Für Wohnungsbaugrundstücke haben wir eine soziale Staffelung der Grundstückspreise eingeführt, die ein Anreiz für junge Familien darstellt, sich in Lüdenscheid nieder zu lassen.

Auch die Einrichtung einer Flächenrecycling-GmbH sollte diskutiert werden, da sie eine Lösung des bestehenden Problems für die innerstädtischen Brachen sein kann. Hier spielen aber die gesetzlichen Vorgaben des Landes hinein, deren Veränderung eine wesentliche Aufgabe einer neuen, anderen Landesregierung sein wird.

Noch vor gar nicht langer Zeit saßen Sie, Herr Bürgermeister, noch in der Reihe links von mir. Sie beteiligten sich maßgeblich an den Diskussionen und nutzten auch die taktischen Spielchen ihrer Partei.

So wurde nicht nur einmal in den letzten Jahren von der SPD und damit auch von Ihnen ein Haushalt mit nicht nachvollziehbaren Begründungen abgelehnt.

Ich kann Ihnen heute zusagen, dass die CDU, obwohl sie sich mit ihren Vorstellungen nicht immer durchsetzen konnte, diesem Haushalt zustimmt. Dies sollten Sie als einen Vertrauensvorschuss, als einen Scheck auf die Zukunft ansehen.

Und wenn es Ihnen jetzt noch gelingt, bei der Ausübung Ihres Amtes die Neutralität an den Tag zu legen, die für einen Bürgermeister und Verwaltungschef eine Selbstverständlichkeit sein sollte, könnte einer guten Zusammenarbeit in der Zukunft eigentlich nichts mehr im Wege stehen.

Auch wenn die nahe Vergangenheit zeigt, dass man mit ganz anderen Dingen als Verantwortungsbewusstsein und Fairness punkten will, sind wir mehr denn je davon überzeugt, den Auftrag, den uns unsere Wählerinnen und Wähler im September gegeben haben, auch zu erfüllen.

Ich bedanke mich im Namen meiner Fraktion bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Verwaltung für die geleistete Arbeit.